

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badnerland. 1951-1952 1951

18 (10.11.1951)

BADNERLAND



HEIMATZEITUNG FÜR DAS SAARLAND BADEN

Die Stuttgarter
Provokation

Nr. 18

KARLSRUHE, 10. November 1951

Die Empörung über die Stuttgarter Regierungserklärung

Das badische Volk wird am 9. Dezember die richtige Antwort geben

Das Echo der Regierungserklärung des württemberg-badischen stellvertretenden Ministerpräsidenten, die vergangene Woche im Stuttgarter Landtag abgegeben wurde, ist eine vernichtende Kritik an den maßlosen Propagandamethoden der Stuttgarter Südweststaatsregierung. In einer Zuschrift eines bisherigen badischen Südweststaatsanhängers wird diese ungeheuerliche, das ganze badische Volk beleidigende Regierungserklärung als eine „verlorene Schlacht für den Südweststaatsgedanken“ bezeichnet. Die Empörung im ganzen Lande Baden über diese Erklärung im Stuttgarter Landtag ist außerordentlich groß, und in zahlreichen Anrufen und Briefen kommt zum Ausdruck, daß diese Stuttgarter Regierungserklärung eines erreicht habe, nämlich den letzten Mann und die letzte Frau im Lande Baden am 9. Dezember an die Wahlurne zu bringen, um der Stuttgarter Südweststaatsregierung die einzig mögliche Antwort zu geben.

Im Lager der Südweststaatler ist man peinlich überrascht über die Auswirkungen der Stuttgarter Regierungserklärung, vor allem über die scharfe Kritik der eigenen Südweststaatler-Presse, von der im „Mannheimer Morgen“ Dr. Veits Ausführungen, wie wir bereits in der letzten Nummer des „Badnerland“ zitierten, als ein „psychologischer Fehlgriß der Stuttgarter Regierung“ bezeichnet werden. Selbst die „Stuttgarter Zeitung“, die als das dem württembergischen Ministerpräsidenten Maier nahestehende Organ in ihrem Geschimpfe auf Staatspräsident Wohleb und die Badener nicht mehr übertroffen werden kann, muß kleinlaut in ihrer Ausgabe vom 3. November feststellen: „Was Dr. Veit gesagt hat, hätte besser in eine Diskussionsrede oder in eine Versamlungsrede als in eine „Erklärung der Regierung“ gepaßt.“

„Kurzichtige Augenblickspolitik der Stuttgarter Regierung“

Schon etwas deutlicher wird die in Leutkirch erscheinende „Schwäbische Zeitung“, die gewiß nicht in den Verdacht kommt, die Interessen der Badener zu vertreten. Sie schreibt zu der Stuttgarter Regierungserklärung folgendes:

„Der Auftakt des Abstimmungskampfes im deutschen Südwesten hat Aussichten eröffnet, die nicht jedem Südweststaat-Freund willkommen sein dürften: die Regierungserklärung des freidemokratisch-sozialdemokratischen Kabinetts ist im Stuttgarter Landtag mit den Stimmen der Koalition gegen

die der CDU gebilligt worden. Zweifellos haben einige Wendungen in der Rede des Ministers Veit, die zwar in Volksversammlungen oder in einer Pressepolemik am Platze sein mochten, nicht aber in einer Regierungserklärung, die CDU zu ihrem Votum

bestimmt, doch kann aus ihrer Reaktion auf die weitere Volkskreise vor allem in Nordbaden geschlossen werden, wo die kurzichtige Augenblickspolitik des gegenwärtigen Kabinetts mehr und mehr verstimmt.“

„Südwesttheater-Exzess in Stuttgart“

Im „Rheinischen Merkur“, der weitverbreiteten westdeutschen Wochenzeitung, die in Koblenz erscheint, trägt der kurze Kommentar zur Stuttgarter Regierungserklärung die bezeichnende Überschrift „Südwesttheater-Exzess in

Stuttgart“. In der Ausgabe vom 2. November wird wörtlich gesagt:

„Die Todfeinde der Demokratie marschieren hinter den Fahnen der Anhänger der alten Länder“ — mit dieser lapidaren Verleumdung der badischen Sache

eröffnete die liberalsozialistische Koalition des Stuttgarter Landtags — in einer Regierungserklärung! — den Kampf zu der am 9. Dezember stattfindenden Volksabstimmung über den Südweststaat.

Diese Schmähung ist daran aufgehängt, daß die Kommunisten sich für Altbaden erklärt haben. In Stuttgart macht man daraus eine „Waffenbrüderschaft“ der Freiburger Regierung mit den Kommunisten und ehemaligen Nazi-Größen, um die Altbadener insgesamt als Verbündete von Radikalen hinzustellen, die, nicht den Wohlstand des Volkes, sondern Not und Chaos wünschen.“

Dieser seltsame Brückenschlag nach Baden löste bekanntlich im Stuttgarter Landtag eine stürmische Debatte aus, in deren Verlauf die CDU geschlossen gegen die Regierungserklärung stimmte und die DG-BHE durch Stimmenthaltung ebenfalls die Regierungserklärung ablehnte.

Eines sei in diesem Zusammenhang einmal ganz klar und deutlich herausgestellt: Der Kampf um die Wiederherstellung des Landes Baden ist eine Angelegenheit des gesamten badischen Volkes ohne Unterschied der Parteien. Weder die CDU noch sonst eine Partei hat einen Führungsanspruch in diesem Kampf, der auf völlig neutraler Grundlage geführt wird. Der kürzlich verstorbene badische Staatspräsident Adam Remmle, der bekanntlich der Sozialdemokratie angehörte, sagte im Zusammenhang mit der Erörterung der Frage einer Vereinigung von Baden und Württemberg, wörtlich: „Das kann keine Frage sein, die die Parteien angeht, das geht das gesamte badische Volk an.“ Der stellvertretende württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Veit hätte von seinem Parteigenossen Remmle zweifellos in dieser Hinsicht viel lernen können.

„Schlechter Start in Stuttgart“

Auch die „Badische Zeitung“ in Freiburg verurteilt sehr scharf die Stuttgarter Regierungserklärung und schreibt unter der Überschrift „Schlechter Start in Stuttgart“, in ihrer Ausgabe vom 2. November, folgendes:

„In der Nacht zum 10. Dezember werden wir wissen, ob es in Zukunft im Deutschen Bund die Länder Baden und Württemberg oder den Südweststaat geben wird. Das Gesetz über die Volksabstimmung, daran besteht kein Zweifel, gibt den alten Ländern eine schlechte Chance. Es war wohl der württembergische Bundestagsabgeordnete Dr. Kiesinger, der in der Verhandlung vor dem

Staatspräsident Wohleb an die Heimatvertriebenen

„Unsere Landsmannschaft ist Baden“

Die Heimatvertriebenen erfreuen sich im Lande Baden einer besonderen Fürsorge und zahlreiche Flüchtlinge konnten in Baden sich wieder eine neue Existenz aufbauen, wobei sie im Rahmen des Möglichen von den badischen Behörden unterstützt wurden.

An Allerheiligen wurde auf der Lindenhöhe bei Offenburg das „Kreuz des Ostens“ als erstes Mahnmahl der Heimatvertriebenen Deutschen in Baden eingeweiht. Staatspräsident Wohleb sprach bei dieser Feier zu den Heimatvertriebenen des badischen Landes. „Die Heimatvertriebenen“, so sagte Staatspräsident Wohleb, „haben richtig erkannt, daß die Menschen sich so viel stärker zusammengehörig fühlen, als wenn alles in einem großen Topf untergeht.“

Der Staatspräsident schloß mit der Bitte, nicht zu denen zu stehen, „die unser Badner Land aus einer Illusion, aus einer Großraumidee heraus wagstimmten“. Jeder Zentralismus koste Geld. Man komme nicht mit dem Argument der Einsparung. Unser Großraum könne nicht Südweststaat heißen, er heiße Deutschland, und zwar nicht Deutschland bis zur Oder-Neiße, sondern so wie es gewesen ist. Es drehe sich darum, daß das Badner Land in seiner Eigenständigkeit erhalten bleibe. Es sei immer ein Land gewesen, das sich ruhmreich in Deutschland betätigt habe. Gerade von Offenburg aus sei vor 100 Jahren die Idee der Einigkeit, nicht der Einheit, der Uniform, ausgegangen.

Die Landsmannschaft biete den Heimatvertriebenen den echten Zusammenschluß im Verband. „Unsere Landsmannschaft ist das Badner Land“, rief der Staatspräsident aus, „und unser Verband ist die

Bundesrepublik. Helfen Sie bei seiner Erhaltung mit, wie auch wir immer bereit sind, Ihnen zu helfen.“

Nachdem der Beifall für Staatspräsident Leo Wohleb verklungen war, sprach noch der Vorsitz der LVD Baden. Auch er ging auf die Verschmelzungsbestrebungen der beiden Heimatvertriebenenverbände ein und teilte mit, daß in Baden der Einheitsverband bereits grundsätzlich vereinbart sei. Er zeigte drei Entwicklungslinien der Arbeit in Baden auf, mit der man gegenüber anderen Ländern nicht im Rückstand, sondern in vielen Dingen sogar voraus sei, obwohl die Heimatvertriebenen in Baden erst langsam eine bedeutende Zahl erreicht hätten. Heute seien es 132 000. Der Redner hob lobend die verständnisvolle Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Heimatvertriebenen hervor, die schon lange bestünde und nicht erst, wie es einige Kritiker wissen wollten, seit der Kampf um den Südweststaat begonnen habe. Er müsse das in aller Gerechtigkeit und Dankbarkeit sagen.

Der in aller Öffentlichkeit ausgesprochene Dank des Vorsitzenden des Verbandes der Heimatvertriebenen an die badische Regierung widerlegt sehr deutlich die Verdrehungen gewisser Kreise, daß im Lande Baden für die Heimatvertriebenen nicht genügend getan werde. Gerade im Badnerland haben sich die Heimatvertriebenen viel rascher als in manchen anderen Gebieten heimisch gefühlt und mit dem Dank der Heimatvertriebenen an das Land Baden wird nunmehr bestätigt, daß von der badischen Regierung die Wünsche der Heimatvertriebenen in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden.

Wildwest-Wahlkampf



Liebe Freunde . . .

wir kämpfen edel . . .

wenn ihr aber nicht für uns stimmt . . .

seid ihr Kommunisten und Nazis!!

Karlsruher Gericht zugab, das Gesetz bedeute eine Art Vergewaltigung; diese Vergewaltigung sei aber schon mit der Annahme des Neugliederungsartikels im Grundgesetz geschehen und nicht erst jetzt, da man von diesem Artikel Gebrauch mache. Dennoch: die Entscheidung ist noch nicht gefallen, um sie wird in den nächsten Wochen noch hart gerungen werden.

Ein Startsignal für den Abstimmungskampf sollte offenbar die Stuttgarter Regierungserklärung sein. Es war aber ein schlechtes, ein höchst bedauerliches Vorzeichen für das, was jetzt bevorsteht. In diesem Ton wünschen wir uns die Auseinandersetzung nicht. Nach einer solchen Ouvertüre kann das Stück, vor dem am 9. Dezember der Vorhang hochgeht, niemals gut werden. Man soll doch zugeben, daß beide Seiten ernsthafte Gründe für ihre Haltung haben.

Man muß davon ausgehen, daß bei der Volksabstimmung im Jahre 1951 andere Überlegungen maßgebend sind als damals, als man noch Passierscheine brauchte, um von einem Land ins andere zu kommen und es noch keine Bundesregierung gab. Mancherlei Rechnungen mögen für den größeren Zusammenschluß sprechen, aber auch die Frage nach dem Staatsgefühl und dem überkommenen Gefüge ist eine Realität, so daß man deren Anhänger nicht Träumer nennen darf, die Serenissimuszeiten nachtrauern. Die Kommunisten haben aus taktischen Erwägungen schon manche Sache mitgemacht, die deshalb noch längst nicht schlecht geworden ist.

Mit Verdächtigungen, Verleumdungen und Verunglimpfungen ist der Sache in keiner Richtung gedient. Sie überlasse man denen, die eine solche Sprache gewohnt sind und daran Gefallen finden, aber bringe sie nicht auf die hohe Ebene der Politik. Bei allem, was gesagt und geschrieben wird, darf das Maß

Die Veit-Rede

hat dem Letzten die Augen geöffnet, wohin die Reise geht und welche schicksalhafte Entscheidung am 9. Dezember endgültig fällt. Die reichlichen Spenden, die eingehen, beweisen, daß das badische Volk den Ernst der Stunde begriffen hat. Herzlichen Dank allen bisherigen Spendern! Wir bitten dringend jeden Badener, jeden badischen Gewerbetreibenden und jede badische Unternehmung, von sich aus eine Spende zu geben, damit wir den Kampf zum siegreichen Ende führen können. Die finanziellen Mittel des Gegners sind gewaltig. Je Belegschaftsmitteln führen die Südweststaat-Unternehmer 1.— DM an einen Kampffonds gegen Baden und die badische Wirtschaft ab! Badener, wartet nicht, bis es zu spät ist! Dann habt ihr an 5 Pfennig lang, wie der Volksmund sagt!

Die Südbadener spenden an die Arbeitsgemeinschaft der Badener, Freiburg, Postscheckkonto 7373 Freiburg. Die Nordbadener spenden an den Landesverband der Arbeitsgemeinschaften der Badener in Karlsruhe, Postscheckkonto Karlsruhe 35186.

nicht verloren gehen, und es muß die Zukunft bedacht werden. Weder Minister Veit noch Staatspräsident Wohleb werden, wenn der Spruch des Volkes gegen sie ausgeht, nach Amerika auswandern, so wie es einst mancher Südwestdeutsche tat, weil er mit den politischen Verhältnissen im Lande innerlich nicht fertig wurde.*

Die Antwort an Dr. Veit

Das ist nur eine kleine Auslese der Pressestimmen aus allen Lagern zu der empörenden Stuttgarter Regierungserklärung. Die badische Regierung in Freiburg hat in einer Erklärung zu den Ausführungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Veit Stellung genommen, in der alle Beschuldigungen und Vorwürfe in einer ruhigen, sachlichen Art zurückgewiesen werden. Die Regierungserklärung der badischen Regierung ist im Wortlaut in dieser Nummer des „Badnerlands“ wiedergegeben.

Je näher der Tag der Abstimmung kommt, desto nervöser werden die Herren in Stuttgart, denn sie zweifeln im stillen Kämmerlein trotz des Urteilspruchs des Bundesverfassungsgerichts an ihrem Erfolg. Sie wissen, daß in der entscheidenden Stunde am 9. Dezember das badische Volk geschlossen aufstehen wird, um jeden Versuch der Auflösung der badischen Heimat zu vereiteln.

Eine Antwort auf die Beschimpfungen der Badener wird der einstige Karlsruher Oberbürgermeister am Freitag, den 9. November, bei einer Großkundgebung der Arbeitsgemeinschaft der Badener in der Karlsruher Stadthalle erhalten. Sie wird so ausfallen, wie es ein Mann verdient, der die Bevölkerung seiner badischen Heimat in einer Form beschimpfte, wie es am Dienstag, dem 30. Oktober, im Stuttgarter Landtag geschehen ist.

„Maßlos und ungehörig“

Eine Antwort der badischen Regierung auf die Stuttgarter Regierungserklärung

Aus der Badischen Staatskanzlei wird mitgeteilt:

„Die Regierung des Landes Württemberg-Baden hat am 30. Oktober d. J. vor dem Stuttgarter Landtag eine Erklärung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts in der Neugliederungsfrage abgegeben und dabei Ausführungen gemacht, die nicht unwidersprochen bleiben können. Dem vormaligen Oberbürgermeister von Karlsruhe, dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Veit war es aufgegeben, die Regierungserklärung zu verlesen. Die Regierungserklärung, die im Wortlaut vorliegt, enthält schärfste Angriffe einmal gegen die Badische Regierung und zum andern gegen die gesamtdeutsche Bewegung, deren „maßgeblichen“ südbadischen Vertretern wider besseres Wissen der lächerliche und aller Realpolitik bare Vorwurf gemacht wird, sie hätten „den Anfang für den von Frankreich bis Österreich reichenden Südstaat zu machen“ versucht.

Zunächst muß es als ungewöhnlich bezeichnet werden, daß die Regierung des Landes Württemberg-Baden die feierliche Form einer Regierungserklärung benutzt, um in maßlosen und ungehörigen Formulierungen eine Propagandawelle in der Südweststaatsfrage in Gang zu bringen. Das badische Volk bezweifelt, ob diese Regierungserklärung nach Form, Inhalt und Abgewogenheit so glücklich zu Papier gebracht ist, wie man es von verantwortlichen Staatsmännern im allgemeinen erwarten darf. Die Regierungserklärung des Landes Württemberg-Baden läßt keinen Zweifel darüber, daß dem letzten Badener die Augen

aufgehen müssen, was zu erwarten steht, wenn der Südweststaat zustande kommt.

Die CDU-Fraktion des Württembergischen Landtags ist der Auffassung, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Ausgangspunkt für eine entgegenkommende und versöhnliche Politik der Stuttgarter Regierung hätte sein können. Es muß indessen festgestellt werden, daß der formale Sieg der Stuttgarter Regierung die letzten Hemmungen in der Verfolgung einer aggressiven und eigensüchtigen Politik genommen hat. Nach Auffassung der Badischen Regierung hätte das Stuttgarter Kabinett besser daran getan, wenn es einer weisen Mäßigung das Wort gesprochen hätte, zumal eine klassische Regierungserklärung Mäßigung, Versöhnlichkeit und Ausgewogenheit niemals vermessen läßt.

Die Stuttgarter Regierung hat es für notwendig erachtet, badische Kritik am Urteil des Bundesverfassungsgerichts in den Vordergrund zu rücken. Jede Regierung darf es dem Staatsvolk gestrotzt überlassen, sich über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts seine eigene Meinung zu bilden und von dieser Meinung Gebrauch zu machen. Es ist keine Bestimmung bekannt, die die Kritik am Urteil eines Gerichts, und sei es auch des Bundesverfassungsgerichts, ausschließt. Die Badische Regierung hat sich allerdings bislang einer solchen Kritik enthalten. Die Regierung in Stuttgart hat dieses maßvolle Beispiel allerdings übersehen.

Die massierten und massiven Angriffe in der Regierungserklärung, auf die an dieser Stelle im einzelnen einzugehen sich erübrigt, erschüttern die Badische Landesregierung nicht in ihrem Standpunkt. Darüber täuschen auch nicht hinweg die an die Phraseologie einer unseligen Zeit anklingenden Superlative: „Wir wollen im Südweststaat eines der schönsten, wirtschaftlich gesunden und sozial befriedetsten Länder der Bundesrepublik schaffen“. Diese Schlußformel steht in einem bedenkliehen Gegensatz zu der Art und Weise, in der über den Willen eines ganz erheblichen Teiles der badischen Bevölkerung des gedachten zukünftigen Südweststaates hinweg zur Tagesordnung übergegangen werden soll.

Es fehlt „die Vokabel“, um dem Ausdruck zu geben, was uns gefühlsmäßig beherrscht, wenn wir aus der Regierungserklärung Stuttgarts entnehmen, daß mit der Freiburger Regierung die Kommunisten und ehemaligen Naziführer für die Idee des Landes Baden streiten. Gerade diese Behauptung zeigt, daß trotz ihrer badischen Mitglieder die württembergisch-badische Regierung das badische Volk nicht kennt, andernfalls sie wissen müßte, daß gerade die Freunde einer echten Demokratie „hinter der Fahne der Anhänger der gesamtbadischen Lösung marschieren“, andernfalls sie wissen müßte, daß gerade die Freunde einer echten Demokratie auf die Verdächtigungen der württembergisch-badischen Regierung in Stuttgart die richtige Antwort geben werden.*

Dr. Veit sprach für die Staatsregierung

Ein notwendiges Nachwort von Landtagsabgeordneter Adolf Kühn, Karlsruhe

Am 30. Oktober erlebte der württemberg-badische Landtag wieder einmal eine Südweststaatsdebatte. Die Regierung hielt es für dringend geboten, neue Anhänger für Groß-Württemberg zu gewinnen. Diesem Ziel sollte eine Regierungserklärung dienen. Was aber Wirtschaftsminister Dr. Veit im Namen der Regierung zu sagen wußte, das war eine einzige Philippika, also eine „Strafpredigt“ gegen Baden. Dabei war Dr. Veit ganz bestimmt kein guter Anwalt seiner Sache. Wie das Echo mit dem Abstimmungsergebnis im Landtag zeigte, hat er als Sprecher der Regierung dem Gedanken des Südweststaates nichts als einen Bären dienst erwiesen. Das württembergische Machtstreben ist nun einmal einfach eine Tatsache. Da kann Herr Dr. Veit noch so sehr polemisieren. Es läßt sich nicht verwischen.

Diese sogenannte Regierungserklärung war im Kampfe um die Neugliederung im südwestdeutschen Raum aber ein recht böses Zwischenspiel. Sie besitzt bestimmt keinen entscheidenden Wert. Die Regierung gebärdete sich wieder einmal nur als Partei. Daher führte die ungewöhnliche Schärfe, was von der Regierungsbank aus der Volksvertretung geboten wurde, das war nichts als hemmungslose Agitation. Dabei ist es natürlich sehr verdächtig, wenn Minister diese Frage so sehr zu ihrer eigenen Sache machen. Sie dürfen sich dann nicht wundern, wenn ein bestimmter Verdacht erwacht!

Die Männer der Regierung sind natürlich erfreut über den Spruch des Bundesverfassungsgerichts. Das nehmen wir nicht allzu tragisch. Warum sollen sie nicht auch einmal eine Freude haben? Diese Frage hat ihnen doch schon genug Sorgen bereitet. Aber daran waren sie zuletzt ja selbst schuld. Die Regierung fühlt sich nun als Siegerin. Aber was vor dem Bundesverfassungsgericht mit Ach und Krach erreicht wurde, das ist doch höchstens ein Scheinernfolg, nicht mehr! Denn wer endgültig siegen will, der braucht das Volk, und zwar vorab die Bevölkerung in Nordbaden.

Nun kenne ich meine badischen Landsleute. Sie werden bestimmt nicht in erster Linie auf Männer wie Dr. Reinh. Maier und Dr. Veit und auf derartig einseitige Redereien und auf so schiefte Darstellungen hören. Mehr wollen wir dazu nicht sagen. Auf alle Fälle werden wir von der Arbeitsgemeinschaft der Badener zur Stelle sein und wir werden dem Volke in aller Sachlichkeit zeigen, um was es in Wirklichkeit geht. Nicht die Stuttgarter Regierungsmänner, nein unsere badischen Wähler haben das entscheidende Wort, sie wissen das nun genau, sie sind der ausschlaggebende Teil! Sonst niemand.

Die Regierung aber möge wissen, daß seit neuestem in weiten Kreisen Badens eine tiefe Erbitterung herrscht. Wir wissen:

Die Chancen sind ungleich! Die Wähler im Lande Baden sind stark benachteiligt.

Das hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich festgestellt. Es hat daraus nur nicht die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Das Volk in Baden hat erkannt: Man will ein etwas kleineres Land mit Gewalt an die Wand drücken. Diese Absicht empfindet das Volk weitgehend als ein großes Unrecht, ja geradezu als einen politischen Faustschlag in das Gesicht der badischen Bevölkerung. Was da geschah, das hat — ebenso wenig wie die neueste „Regierungserklärung“ — mit einer fairen Abstimmung etwas zu tun. Und an diesem Unrecht sind alle maßgebenden Südweststaatsanhänger mitschuldig. Nicht umsonst gibt es auch bisherige Südweststaatsanhänger, die an diesem Unrecht Anstoß nehmen und bereit sind,

Werbt für das „Badnerland“

daraus die Folgerungen zu ziehen, d. h. nun für Baden einzutreten. Unser Volk in Baden hat für derartige Benachteiligungen und Verstöße ein sicheres und feines Gefühl.

Gott sei Dank, der Weg ist frei! Nun hat das Volk allein das Wort.

Das Volk aber muß wissen und erfahren, wer für die Verzögerung der Volksabstimmung die Hauptschuld trägt. Das ist meines Erachtens der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Reinh. Maier. Es ist völlig abwegig, irgend jemand in Baden dafür verantwortlich zu machen.

Dr. Reinh. Maier hätte wahrscheinlich den Südweststaat zu einer früheren Zeit eher, besser und leichter erhalten können. Aber Dr. R. Maier hat dabei schwerste Fehler gemacht. Er muß als der gelten, der die Abstimmung immer wieder hinauszögert hat. Wer aber so wie er im Glashause sitzt, der sollte nicht immer mit Steinen herüber nach Baden werfen. Das ist allein schon verdächtig. Die Stuttgarter Regierung nimmt immer wieder daran Anstoß, daß die badische Regierung das Bundesverfassungsgericht angerufen hat. Das war zweifellos ihr gutes Recht. Ja sogar ihre Pflicht! Es war wahrhaftig auch Anlaß genug dazu gegeben. Man braucht nur die Urteilsgründe zu lesen. Dann ist man im Bilde.

Und nun einige schlüssige Beweise dafür, daß die Schuldigen in Stuttgart sitzen! Wie aus dem württemberg-badischen Landtagsbericht vom 27. Juni d. J. hervorgeht, wollte Abg. Dr. W. Haubmann eine Verschiebung der Volksabstimmung bis zum März 1952. Der Genannte hat zu diesem Zweck einen Artikel

in der „Stuttgarter Zeitung“ geschrieben. Dr. Haubmann aber ist einer der nächsten Vertrauten des Ministerpräsidenten. Man darf daher annehmen, daß der Haubmannsche Artikel mit Willen und Wissen Dr. Maiers geschrieben wurde.

Im Frühjahr 1949 schon wurde, und zwar in Bonn, ein sehr prominenter guter Bekannter des Ministerpräsidenten Dr. Reinh. Maier wegen einer möglichen Beschleunigung der Volksabstimmung angesprochen. Er erwiderte daraufhin wörtlich: „Ich verstehe meinen Freund Reinhold in dieser Sache auch nicht immer. Mit seiner Politik der Verzögerung bin ich auch nicht einverstanden.“ Auch hierfür sind Zeugen vorhanden. Dieses Zeugnis aber läßt besonders tief blicken.

Dr. Reinh. Maier wollte offensichtlich überhaupt keinen Staatsvertrag mit Baden. Er wollte sich nicht binden. Und es ist auch verständlich, wenn von ihm behauptet wird, daß er die Absicht gehabt habe, Südbaden zu isolieren. Er hoffte, daß erhebliche Schwierigkeiten in Nord- und Südbaden auftreten. Das hat er mir selbst einmal gesagt, es war im Landtag am 30. November 1949, mittags zwischen 12 und 1 Uhr. Und wie mir aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, haben auch Mitteilungen Dr. Maiers in seiner eigenen Fraktion erkennen lassen, daß er die Frage der Volksabstimmung auf alle Fälle zögernd behandelt wissen wollte. Nötigenfalls können darüber noch nähere Mitteilungen gemacht werden. Dr. Reinh. Maier wollte offenbar, wie sich im Januar d. J. erwiesen hat, möglichst lange selbst am Ruder bleiben; er hoffte auf die Zeit, aber er hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn auch in Baden hat sich in der Zwischenzeit die wirtschaftliche Lage ganz wesentlich gebessert!

Sicher ist: Die Situation ist verworren. Es ist viel Wirrwar entstanden. Aber weshalb wurde z. B. das Bundesverfassungsgericht erst so spät gebildet? Doch nur deshalb, weil man vor dem 16. September einer Entscheidung ausweichen wollte! Die Stuttgarter Regierung hat zu Lasten des Volkes für den Kampf um den Südweststaat schon sehr viel Geld ausgegeben. Das ist zutreffend. Aber für all das ist sie in allererster Linie selbst verantwortlich. Da kann sie erklären, was sie will.

Wir aber haben das Spieldurchschaut. Wir haben auch die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe der maßgebenden schwäbischen Südweststaatsanhänger erkannt. Wer sich aber hinter Dr. Maier stellt, der macht sich mitverantwortlich. Die letzte Regierungserklärung ist in der Tat aufs tiefste zu bedauern. Wir wollen hoffen, daß sie gewissen Leuten in letzter Stunde die Augen öffnet. Wir aber wollen nie und nimmer unter die Vormundschaft von Leuten wie Dr. Reinh. Maier und Dr. Herm. Veit! Wir in Baden wollen mündig bleiben. Das haben wir uns erneut vorgenommen. Wir haben nun das wahre Gesicht deutlich genug gesehen!

Briefe an das „Badnerland“

Die Meinung unserer Leser

Singen und sein Hohentwiel

Aus Singen wird uns geschrieben:

Noch ist keine Entscheidung im Südweststaats-Abstimmungskampf gefallen und schon zeigt sich im Grenzgebiet Baden-Württemberg, daß man von württembergischer Seite auch bei dem Zustandekommen des Südweststaates nicht die geringsten Zugeständnisse machen will. Das „Badnerland“ hat in seiner Ausgabe vom 20. Oktober darauf hingewiesen, daß man in Tuttlingen in keiner Weise der Stadt Singen in der Frage der Zugehörigkeit des Hohentwiel entgegenkommen will. Die Tuttlinger werden Singen, das ging aus einem „Tuttlinger Brief“ des „Südkurier“ deutlich hervor, in der Frage der badischen Exklaven Hohentwiel und Bruderhof keine Konzessionen machen. Das ist echt schwäbisch und mit Recht hat der Verfasser in dem Artikel gesagt: „Wenn's ans Ausgehen geht, ist es aus mit dem Südweststaat.“

In Singen hat nun Oberbürgermeister Dietz zu diesem „Tuttlinger Brief“ Stellung genommen. Die Singener schütteln den Kopf über den Optimismus ihres Südweststaats-Oberbürgermeisters, der allerdings selbst überrascht ist, daß man in Tuttlingen mit dem Argument operiert, daß der Hohentwiel seit 150 Jahren bei Tuttlingen sei. Der Optimismus des Singener Oberbürgermeisters, daß bei der Bildung eines Südweststaats Tuttlingen bei dieser großen „Flurbereinigung“ entgegenkommen werden würde, teilt man in Singen nicht überall.

So meinte Stadtrat Schüttler, so wie man es jetzt im Falle Tuttlingen erleben — keinerlei Entgegenkommen gegenüber den Badenern —, so wird es sich bei dem Südweststaat auf allen Gebieten abspielen. Ein großer Teil der Singener Bevölkerung teilt diese Ansicht von Stadtrat Schüttler, denn gerade in der Frage Singen und Hohentwiel sieht man, daß man von einem Südweststaat nichts zu erwarten hat.

Villingen Einzelhandel nicht für Südweststaat

Die Firma Eugen Neidinger, Villingen, schickt uns im Namen des Villingen Einzelhandels folgende Erklärung, der wir gerne Raum geben:

„Die in Nr. 15 der Zeitung „Badnerland“ erschienene Einsendung „Südweststaat und Einzelhandel“ aus Villingen enthält die Behauptung, der Villingen Einzelhandel habe sich ohne Umschweife offiziell für den Südweststaat ausgesprochen. Diese Behauptung ist unrichtig. Der Villingen Einzelhandel betätigt sich nicht politisch. Ein derartiger Beschluß ist nie gefaßt worden und daher auch nicht den Mitgliedern oder sonst in der Öffentlichkeit bekanntgemacht worden.“

Wir freuen uns, daß es der Villingen Einzelhandel seinen Mitgliedern überläßt, ob sie sich für die Wiederherstellung des Landes Baden oder für den Südweststaat entscheiden wollen. Der Villingen Einzelhandel betätigt sich, wie in der Erklärung gesagt wird, nicht politisch und tut gut daran, die Politik der Organisation fernzuhalten. Wir hoffen, daß auch die Villingen Geschäftsleute allmählich einsehen, daß es mit einem Südweststaat für die badische Bevölkerung nicht rosig aussieht, wie es gewisse Kreise glaubhaft zu machen versuchen.

Südweststaat - südbadisch gesehen

Sechzehn Jahre wohne ich nun im Schwabenland, somit glaube ich auch berechtigt zu sein, meiner Meinung in Sachen Südweststaat Ausdruck zu geben — und zwar als Frau.

Wenn in den schwäbischen Tageszeitungen in täglich sich steigenden Angriffen gegen Baden und seiner Bewohner das Problem immer mehr zerpflückt wird, so muß ich mich doch als Südbadnerin fragen, warum man so eifrig am Werke ist, das Land Baden unbedingt dem Südweststaat einzuverleiben, ausgerechnet ein Land, das nach Ansicht der Artikelschreiber verarmt und verschuldet ist und absolut nichts zu bieten hat. Ich denke hier an ein Gedicht, das zu Anfang der Abstimmungsjahre in einer Stuttgarter Zeitung erschien. Baden wurde darin in geistvollen Versen mit einer Kuh verglichen, „die nur große Fladen mache, aber keine Milch gebe.“ Ich bitte Sie! Wer wird sich schon um eine Kuh streiten, die nur frisst, jedoch nichts rentables produziert.

Heute war es doch immer üblich — ob im Geschäftsleben oder in der hohen Politik — daß, wer einen Partner zu gewinnen sucht, er dies auf liebenswürdige, diplomatische Art tut. Was man aber immer wieder lesen muß, klingt anders: überheblich und teilweise voll Spott und Hohn.

Wenn in einem in einer Stuttgarter Zeitung erschienenen Artikel „L'Anschluss de Bade“ in einer bissigen Form speziell wir Südbadener angegriffen und sogar Fleiß und Tüchtigkeit der Bewohner im Gegensatz zum Schwaben in Frage gestellt werden, dann muß einem ja „der Mut hoch-

gehen“ oder man wäre ein jämmerlicher Waschlappen.

In besagtem Artikel heißt es wörtlich:

„Im Streit um den Südweststaat gibt es fraglos gewichtige Argumente, die einer staatlichen Vereinigung der südwestdeutschen Länder entgegenstehen. Man fürchtet in Freiburg eine Aggression des schwäbischen ‚Schaffens‘ und damit den Verlust einer von den Österreichern ererbten charmanten Lässigkeit. Nicht mit Unrecht scheut man die Arbeitswütigkeit der Schwaben, die morgens nicht gerade fröhlich, aber eifrig aus dem Bett springen, um sich daß Tag über durch einen sprichwörtlichen Arbeitsfanatismus selbst zu terrorisieren. Das Erwachen einer schwäbischen Stadt um 6 Uhr morgens verbindet mit dem selbstbewußten Regen eines traditionellen Werkfleißes auch noch andere, weniger rücksichtsvolle Geräusche — — — Ja, so steht es wörtlich geschrieben.“

Ich bin vor 3 Wochen mit dem Wagen durch schwäbisches und badisches Land in meine Heimat am Rheinknie gefahren. Seit der Zeit „Adolf des Großen“ stehen bekanntlich an den Ländergrenzen keine Grenzpfähle mehr. Doch, ich sah, weiß Gott, keinen Unterschied. Hier wie dort arbeiteten

die Bauern fleißig auf den Feldern, die Handwerker gingen ihrer Tätigkeit nach, gebaut wurde hier wie dort, was Wohnungen anbelangt ebensoviel oder so wenig. Die Landstraßen wurden instandgesetzt und zerstörte Brücken wiederhergestellt. Die Schornsteine der Fabriken rauchten und die Arbeiter strömten frühmorgens zu den Arbeitsstätten. Ich müßte lügen, wenn ich sagen wollte, daß das Arbeitstempo dort langsamer oder gar lässig war. Übrigens stimmt der bekannte Ausspruch „no net hudle!“ gewiß nicht aus dem Badischen.

Und die Menschen selbst? Wenn ich hier mit einem Geschäftsmann, Handwerker oder Bauern rede und tue desgleichen in meiner Heimat, so muß ich immer wieder feststellen, wie wesensverwandt wir alle im Grunde genommen sind. Vielleicht ist der Schwabe manchmal etwas „kultzier“, wie man hier sagt und etwas mehr auf seinen Vorteil bedacht. Doch das sind Eigenarten, über die man bestenfalls lächelt.

Wir sitzen alle im selben Boot und müssen sehen, wie wir miteinander zurecht kommen. Wäre es nicht schöner, wenn dies mit etwas mehr Rücksicht und Verständnis geschehen würde?

Frau Elisabeth Schenkel-Rigling, Ebersbach b. Stuttgart.

Ein enttäuschter Südweststaatter

„Die Stuttgarter Regierungserklärung bedeutet eine verlorene Schlacht.“

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:

Die württ.-badische Regierung in Stuttgart hat, gebilligt von den Regierungsparteien, eine Erklärung zur Südweststaatsfrage abgegeben, die, um es gleich zu sagen, für den Südweststaatsgedanken eine verlorene Schlacht bedeutet. Welche Vorstellung haben denn die Stuttgarter Regierungskreise von einer „Regierungserklärung“? Was sie von sich gegeben haben, ist allenfalls eine schlechte Wählrede oder eine noch schlechtere Verlautbarung aus einem Parteilbüro, niemals aber eine Regierungserklärung. Sie steht auf einem Niveau, das auch badische Anhänger des Südweststaates mit Schrecken bedauern. Nein, so wollen die Badener nicht regiert werden. Diese Erklärung ist aus reinem Egoismus, rechthaberisch, parteiisch, unwürdig und — falsch. Kleinliche und kleinlichste Reibereien werden von neuem ausgekratzt, selbst der ominöse und sagenhafte Versuch der Gründung eines Südstaates von Paris bis Wien, — dem Kinderspruch für gewisse Gemüter, — muß gehalten, um einer „guten“ Sache zum Siege zu verhelfen.

Es wird breit erörtert, ob die Freude Freiburgs über das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes echt ist. Nun, mindestens so echt wie die Freude der Stuttgarter. Es ist nicht wahr, daß Freiburg diese Abstimmung früher und billiger hätte haben können. Die Plattform, die Baden heute hat, ist ohne Zweifel wesentlich besser und breiter und ein Erfolg für Freiburg, auch heute aus den verschiedensten Gründen — nicht zuletzt auch durch Dr. Malers ungeschickte Haltung in den letzten Monaten — viel aussichtsreicher.

In manchen „sicheren“ Gegenden Badens hat sich ein Umschwung zugunsten Badens vollzogen, und diese Regierungserklärung wird Tausende und Abertausende von bisherigen Südweststaatsanhängern dazu veranlassen, nun doch für Baden zu stimmen, weil ihnen ein solches Niveau einfach nicht paßt, und das mit Recht. Dieser Umschwung der Stimmung wird auch in Stuttgart kein Geheimnis sein. Ist hier vielleicht der Grund zu suchen, warum die württ.-bad. Regierung eigens den Landtag zusammengerufen hat, um eine solche „nervöse“ Erklärung abzugeben und der genannten Tatsache entgegen zu wirken? Nun, dann war es ein Versuch mit untauglichen Mitteln und ein kalter Schlag ins Wasser. Dann hat man sich eben im Eifer sowohl im Ton wie auch in der Sache vergriffen.

So fängt man die heillos gewordenen Badener nicht. Sie stellen größere Ansprüche an die „Regierung“. Wenn eine Regierungserklärung überhaupt nötig war, dann hätte man eine würdigere Form finden müssen.

Es geht doch im Grunde um die einfache Frage: „Wollen die Badener einen Südweststaat oder nicht, und wie haben sie sich im Interesse ihrer Heimat und des deutschen Volkes zu entscheiden.“ — Wollen die Württemberger die Badener in einen Südweststaat als gleichberechtigte Partner aufnehmen oder nicht? Wie kann man eine so einfache Sache so vernebeln, daß es aussieht, und es hat in den letzten Monaten mehr denn je so ausgesehen, als ob die „Stuttgarter“ die Badener „mit Gewalt“ einverleiben wollten. Müßschwaben aber wollen die Badener nicht werden, keiner!

Warum also das „heißes Bemühen“? Findet die Stuttgarter Regierung also, daß ein Zusammenschluß für Württemberg sehr günstig wäre und daß man man ihn evtl. „mit allen Mitteln“ herbeiführen müsse? Das erstere wird wohl richtig sein, das letztere ist aber nicht nötig.

Ob der Zusammenschluß auch für Baden ein Vorteil ist, das ist für Baden die Frage. Nun, hierüber kann man in Baden verschiedener Meinung sein. Man könnte sogar Nachteile in Kauf nehmen, wenn Vorteile für das ganze deutsche Volk dabei herauskämen. Aber diese Frage zu entscheiden, sollte über jedem Parteigerank stehen. Für den Württemberger ist die Entscheidung leicht, für den Badener ist sie es nicht. Hier ist jeder Badener seinem Gewissen, seiner Einsicht, seiner Heimat und seinem Volk gegenüber verantwortlich, niemals aber einer Partei und er hat sich ohne jeden Druck „demokratisch“ zu entscheiden. Dieser Tatsache hätte eine würdige Regierungserklärung gerecht werden können. Die württ.-bad. Regierung aber will anscheinend Stimmvieh: Wenn's nur klappt!

Die abgegebene Erklärung peitscht die Leidenschaften sinnlos auf, und die Annahme durch die beiden Regierungsparteien macht diese überparteiliche Frage eines ganzen Volkes erst recht zu einer öden Parteisache. Nein, das paßt!

Karlsruher, denkt daran!

Wenn man Dr. Veit hört, übt er jedesmal schärfste Kritik an den Anhängern des Landes Baden. Er bedient sich dabei zumeist auch der bissigsten Ironie. Doch das ist ja schließlich seine Sache. Er darf sich dann aber nicht wundern und beklagen, wenn ihm gelegentlich entsprechend erwidert wird und wenn seine eigenen Fehler in aller Öffentlichkeit festgehalten werden.

Wie der bei weitem stärkste Teil der Karlsruher über Dr. Veit denkt, ist kein Geheimnis. „Der beste Mann von Karlsruhe“, so wurde er einmal von seinen Freunden dem Wahlvolk angepriesen, ist in seiner Heimatstadt schwer unten durch. Das kam schon wiederholt elementar zum Ausdruck. Die Karlsruher haben auch allen Grund, Dr. Veits Tun und Lassen recht kritisch zu betrachten.

Württembergische Drohungen!

Wir hören immer wieder davon, daß in gewissen Betrieben badischen Angestellten und Arbeitern, die drüben in Württemberg arbeiten, damit gedroht wird, daß sie entlassen würden, wenn sie für die Wiederherstellung ihres Landes Baden eintreten. Diese Drohungen sollen teilweise sogar recht massiv ausgesprochen worden sein. Trotzdem haben wir das Vorgehen bisher nicht allzu ernst genommen. Denn so leicht trennen sich selbstbewußte Unternehmer nicht von ihren guten Kräften. Sie werden sich auf alle Fälle ihre Androhungen noch überlegen, denn sie gehen doch nicht zuletzt davon aus, ob eine Kraft nützlich und notwendig ist und zum größeren Verdienst beiträgt.

Nun vernehmen wir aber Nachrichten von ähnlichen Vorkommnissen auch aus Baden,

auch vielen badischen Südweststaatsanhängern nicht. Da ist offenbar etwas faul im „Staats Maier“.

Auch die Kommunisten marschieren wieder auf, diesmal sogar auch als neue Gruppe die Nazis, die beide angeblich für Baden stimmen sollen. Woher weiß die Stuttgarter Regierung, daß bei den Südweststaatsstimmen keine von dieser Sorte sind? Warum sie allein den Badenern anhängen? Nur für die ganz Dummchen können solche Tricks etwas bedeuten. Man muß wirklich fragen: Hat man keine besseren Gründe? Wenn es nach dieser Erklärung ginge, nein, dann hätte man keine. Nicht ein positiver Grund ist in der Regierungserklärung zu finden.

Eigenartig berührt auch die Tatsache, daß der stellvertretende Ministerpräsident diese „famosse“ Regierungserklärung verlesen hat, während der Ministerpräsident selber in den Reihen seiner „Parteigenossen“ saß. Er war also nicht krank. Hatte er das Gefühl, daß er diese Regierungserklärung nicht gut verlesen konnte? Oder sollte sie der stellvertretende Ministerpräsident verlesen, weil er aus Baden kommt? Sollte also das „gute Beispiel“ am Regierungspult stehen? Wollte man mit solchen Mätschen den Badener (mindestens den sozialdemokratischen Badener) für die Sache gewinnen? Schätzt man die Intelligenz der badischen „Unterlagen“ so gering ein? Nein, solche Mätschen wirken nur abstoßend.

Die Badener wissen, daß der stellv. Ministerpräsident Anhänger des Südweststaates ist; sie hätten es auch gewußt, wenn der Ministerpräsident selbst die Regierungserklärung verlesen hätte. Man hätte auch so durchaus gewußt, daß er an dieser Erklärung mitgewirkt hat. Daß er für den Südweststaat ist, das ist sein gutes Recht, das nimmt ihm auch niemand übel. Aber die übrigen Badener brauchen dieses gute Beispiel durchaus nicht. Sie können selbst entscheiden, was sie wollen. Jedenfalls ziehen heute in Baden solche Praktiken nicht mehr, weder bei den Anhängern für Baden noch bei denen für den Südweststaat.

Wenn man die Erklärung liest, kann man sich je öfter desto mehr vor dem Gefühl einer demagogischen Sprache nicht freimachen. Es ist bedauerlich, daß eine Regierung so wenig Sinn für wirkliche Politik in dieser Frage entwickelt hat.

Am Anfang des Südweststaatsgespräches waren die Sympathien für Freiburg gering, heute sind sie für Stuttgart entschieden geringer. Manche Unbilligkeiten und der nervöse Elter Dr. Malers geben sehr zu denken. Diese jeden Taktes und jeder Vernunft bare Regierungserklärung schlägt dem Fuß den Boden aus. Sie bedeutet für Dr. Maier eine verlorene Schlacht, und kann sehr leicht die verlorene Schlacht für ihn werden. Das wird der 9. Dezember zeigen.

Ein schwer enttäuschter Anhänger des Südweststaatsgedankens

Für heute wollen wir festhalten: Dr. Veit hat sich seiner Zeit, als es sich darum handelte, das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe zu bringen, im Bundestag der Stimme enthalten. Er hat damit schwerstens versagt. Wenn Stuttgart in Frage gekommen wäre, dann hätte er sich vielleicht anders verhalten.

Auf jeden Fall hat Dr. Veit nicht immer die Interessen seines Wahlkreises wahrgenommen. Er stellte den Parteigeizismus der Verpflichtung gegenüber seinem Wahlkreis voran. Genau so tut Dr. Veit für Groß-Württemberg ein, auch wenn Karlsruhe ... immer mehr auf den Hinterkarren gerät. Karlsruher, seid darum vernünftiger wie euer M.d.B. und entscheidet euch geschlossen für unser altes Land Baden!

z. B. aus Böh! Dort ist seit vielen Jahren ein Geschäftsmann ansässig, der aus Württemberg stammt. Er soll ein strammer Südweststaatter sein. Gut, das ist ganz seine Sache. Aber letzten Endes lebt er auch von seiner badischen Kundschaft. Wir wollen vorerst seinen Namen verschweigen. Wenn die Drohungen aber nicht aufhören, dann werden wir von jetzt an ohne jede Rücksicht alle Namen der Betreffenden veröffentlichen. Unsere badische Bevölkerung soll dann wissen, was von gewissen Leuten zu halten ist.

Im übrigen besteht ja das Wahlgeheimnis. Und kein guter Badener wird sich durch schwäbische Drohungen erschrecken lassen.

Staatspräsident Müller irrt sich

Unrichtigkeiten der Südweststaater-Propaganda

Eine der Unrichtigkeiten der Südweststaater-Propaganda ist die Behauptung, der Zusammenschluß Baden-Württemberg sei zuallererst von den Badenern angestrebt worden. Neuestens behauptet das wieder einmal der Tübinger Staatspräsident Dr. Müller: „Die Initiative zu einem Zusammenschluß von Württemberg und Baden ist nach dem ersten Weltkrieg von badischer Seite ausgegangen“ (National-Zeitung, Basel, vom 3. 11. 51). „Meines Wissens“, fügt er vorsichtigerweise hinzu, „weiß es Dr. Müller wirklich nicht, wie es war! Wir begreifen, daß die seit Jahr und Tag von badischer Seite vorgebrachten Gegenbeweise in Tübingen gar nicht erst zur Kenntnis genommen werden. Nur was aus Stuttgart kommt, kann gelten. Nun, in Stuttgart sitzt als unverdächtigster Zeuge Landtagspräsident Wilhelm Keil. Von ihm erschienen 1947/48 in Stuttgart zwei dicke Bände: „Erfahrungen eines Sozialdemokraten.“ Wir zitieren daraus (Bd. 2, Seite 178):

„Bevor ich den Weimarer Verfassungsausschuß verlas, sei noch ein Versuch erwähnt, den ich unternahm, und der darauf abzielte, die Länder Württemberg und Baden zu vereinigen. Die dynastischen Hemmnisse waren beseitigt. Alle wirtschaftlichen Überlegungen sprachen für Beseitigung der unnatürlichen Grenzen. Die Partikularisten hüben und drüben sahen dies nicht ein. Noch auf einer im März 1919 in Stuttgart abgehaltenen Konferenz württembergischer und badischer Parlamentarier wurde umgekehrt versucht, der Vereinheitlichung des Verkehrs- und Steuerwesens im Reich Schwierigkeiten zu bereiten. Ich trat diesen Bemühungen entgegen und rollte sodann diese Probleme im eigenen Parteikreis auf einer nach Mühlacker einberufenen Konferenz

württemberg-badischer Parteifreunde aus den Parlamenten auf. Meine württembergischen Kollegen stimmten meinen Gedankengängen vollkommen zu, bei den badischen stieß ich auf Widerstand. Die Badener fürchteten, von Württemberg „eingemeindet“ zu werden. Ein einziger badischer Abgeordneter, Oskar Geck in Mannheim, bekannte sich vorbehaltlos zum Vereinheitlichungsgedanken.“

Schließlich machte ich in Weimar noch einen Versuch, meinen Plan durch eine Aussprache unter den badischen und württembergischen Mitgliedern der Nationalversammlung zu fördern. Ich schob dabei den früheren Vizekanzler Payer als Leiter der Aussprache und scheinbaren Initianten vor. Auch damit hatte ich keinen Erfolg. Die Vertreter des Zentrums und der Deutschnationalen verhielten sich in dieser Frage ebenso ablehnend, wie meine eigenen badischen Parteigenossen.“



So weit der württembergische Südweststaater Keil, der den Südweststaat-Anlauf im Jahre 1919 also ausdrücklich für sich reklamiert. Schon damals auch die gleiche Taktik: Um die Gegner leichter zu fangen, bleibt der Drahtzieher im Hintergrund und schickt eine harmlose Figur als „scheinbaren Initianten“ vor. Nur ein Unterschied ist zwischen damals und heute: Die badischen Abgeordneten von damals, die im Landtag, wie die in der Verfassungsgebenden Versammlung von Weimar, und gerade auch die Sozialdemokraten, gingen nicht auf den Leim; sie wollten nicht „eingemeindet“ werden. Waren die Marum, Engler, Dietz und wie sie alle hießen, wirklich soviel unerfahrener als die, die heute an ihre Stelle getreten sind? Oder spielt es nicht doch eine Rolle, daß diese alten Sozialdemokraten eben auch Männer aus der badischen Heimat waren, in denen sich die Erkenntnis vom Wohl der Heimat nicht im Widerstreit zu einem höheren Parteilbefehl befand?

Ist es etwa reiner Zufall, daß eine große Zahl der prominentesten Südweststaater in Baden gar nicht aus Baden stammt, wie zum Beispiel der allerprominenteste „badische“ SPD-Abgeordnete im Stuttgarter Landtag, noch nicht allzulange in Baden ansässig ist? Nun, wir sind überzeugt, das wird der badische Wähler mit seinen Volksvertretern bei passender Gelegenheit schon noch mit dem Stimmzettel ausmachen. Mit der Behauptung von der badischen Initiative beim Zusammenschluß der Länder sollte aber nun wirklich und endlich Schluß sein, nachdem sich Herr Keil selbst schon so lange erklärt hat; jedenfalls „unseres Wissens“, Herr Staatspräsident Dr. Müller!

Baden wird in altem Glanze erstehen

Eine badische Stimme aus Tübingen

Herr Karl Bächtold, ein geborener Badener, der in Tübingen wohnt, schreibt uns u. a. folgendes:

„Die Tatsache, daß mancher Landsmann an das Ergebnis der letztjährigen, von vielen Wahlberechtigten nicht ernst genommenen Probeabstimmung denkt, wenn er die Chancen seines Heimatlandes abwägt, wird von der Gegenseite eifrig ausgenutzt, um in Baden die Zwangsvorstellung hervorzurufen, als ob die Würfel bereits gefallen wären. Eine passive Haltung käme der Selbstauflösung gleich! Je unverschuldeter die Not ist, die ein Volk treffen kann, desto begründeter ist der Tatenschluß, durch Anstrengung und Aufschwung, durch Hingabe aller Kräfte, das Schicksal zu meistern!“

Das gilt besonders jetzt, da selbst ein Bundesverfassungsgericht bestätigen muß, daß die von Baden dargestellte Ungleichheit der Chancen für die kommende Abstimmung besteht. So gilt es nun aber auch durch die Tat zu beweisen, daß von dem so viel beredeten ausschließlich „gefühlsmäßigen“ Handeln der Badener keine Rede sein kann. Wenn nur an das Gefühl appelliert zu werden bräuchte, würde es für Stuttgart ja genügen, z. B. in jedem nordbadischen Ort einen — Trachtenverein zu subventionieren, um damit das badische Volk zu „beschäftigen“ — während Stuttgart inzwischen das so „aufopfernde“ Geschäft des Regierens betreiben könnte. Eine geradezu „ideale“ Arbeitsteilung also für einen Zusammenschluß... Das badische Volk kennt nur zu gut die gesunde machtmäßige Komponente seines Wesens, die zu 100 Prozent im eigenen Haus zu betätigen es gar nicht aufgeben gedenkt, etwa zugunsten eines 40prozentigen Anteils anderswo. Diese 40 Prozent Machtanteil bedeuten nämlich in der Demokratie: sich für alle Zukunft niemals mehr mit Sicherheit in eigener Sache durchsetzen zu können. Das badische Volk hat das Recht und ist es auch seiner eigenen Selbstachtung schuldig, genau den gleichen Anteil von Einfluß für sich selbst in Anspruch zu nehmen, wie jedes andere Staatsvolk der Bundesrepublik. Dieses Recht läßt es sich auch nicht von den „selbstlosesten Leuten der Welt“ entwinden.

Baden läßt alle seine Nachbarn unangefochten. Es wird u. a. auch mit Hessen, Bayern und der Pfalz bestimmt besser harmonisieren, als z. B. eingeschlossene Großraumstrategen. Gott sei Dank sind nicht rational-statistisch-gedanklich-kapitalistische Erwägungen der vorwiegende Antrieb für badische Entscheidungen in Fragen seiner Selbstständigkeit. Wie bei jedem tathafsten Gestalten, so sind auch hier Denken und Wollen vereint, aber ohne Einseitigkeiten. Man gebe bei der Gegenpropaganda doch die Fiktion auf, als ginge es bei der jetzigen Auseinandersetzung klar trennbar um „Ratio“ (Vernunft) auf der einen und „Emotion“ (Gefühl) auf der anderen Seite. Der Impuls und die Beharrlichkeit, mit der südweststaatliche „Reißbrett“-Argumentatoren ihre öden Statistiken und Berechnungen dem Volk plausibel machen

Die Frage stellen, heißt sie beantworten: Gar nichts! Wenn es nach dem Willen Stuttgarts ginge, vielleicht sogar weniger als gar nichts. Es hat bekanntlich eine Zeit gegeben, da man von einer Aufhebung bzw. Verlegung der Technischen Hochschule nach Stuttgart ganz offen sprach, und die Gerüchte über eine Aufhebung oder mindestens starke Beschränkung der Eisenbahndirektion wollen nicht verstummen, da man nach Erlaß des Bundesbahngesetzes von einigen wenigen Großdirektionen träumt, für die natürlich nur Stuttgart, niemals Karlsruhe in Frage käme. Ja, gewiß, das Bundesgericht und das Bundesverfassungsgericht sind nach Karlsruhe gekommen, aber nicht im Wettbewerb mit Stuttgart, sondern mit Köln, weil die Stadt Karlsruhe im ehemaligen Erbgroßherzogtum und Prinz-Max-Palais würdige und genügend große Räume zur Verfügung stellen konnte. Mit Südweststaat oder Nichtsüdweststaat hat das nichts zu tun.

Neben der Ablenkung seines Eisenbahnverkehrs nach Stuttgart als dem Sitze der auch für Karlsruhe kompetenten Eisenbahndirektion hat nun aber auch die Ablenkung seines Hafenverkehrs nach Heilbronn Karlsruhe die denkbar schwersten Wunden geschlagen. Im Juli 1951 wurde die 50-Jahrefeier des Karlsruher Hafens zwar mit etlichen Festreden und Komplimenten („Wir heißen euch heißen“) begangen, aber doch in einer so wenig frohen, ja tristen Atmosphäre, daß man männiglich wußte, wieviel es geschlagen habe, und der Beifall auf offener Szene, als Minister Dr.

wollen, sind ja letzten Endes auch nicht Ausfluß der reinen Ratio. Bei allem glauben natürlich die Südweststaater, es würde ihrer für naive Gemüter zusammengestellten Zahlenakrobatik gleich einer Magie der Jetztzeit auch — geglaubt. Es ist also hier gar nicht so weit her mit der vielgepriesenen Ratio. Das badische Volk hält sich in fiskalischen Fragen doch lieber an die Maximen unseres Bundesfinanzministers.

Wenn schließlich das Bundesverfassungsgericht die Annahme der Länderverfassungen durch das Volk in den Jahren unserer weitgehenden politischen Entrechtung 1946/47 „staatsbildend“ nennt, in einer Zeit, als man mehr nach „Ratio“ als nach „Nation“ fragte, dann kann man jetzt gespannt sein, welche Folgerungen z. B. aus der zur gleichen Zeit entstandenen und vom Volk angenommenen autonomen Saarverfassung zu ziehen sind, wenn man den Grundsatz der Rechtsgleichheit und denjenigen gleicher Chancen auch in der Tat gelten lassen will! Gerade um des Sieges des Rechts willen ist aber jeder Badener zumeist überzeugt, daß in Karlsruhe, der Stadt, in der der badische Staatsgedanke nach der Meinung und dem Willen seiner Gegner eine schwere Niederlage erlitten hat, Baden in altem Glanze neu erstehen wird!

Was hat Karlsruhe vom „Südweststaat“ zu erwarten?

Eckert an das ominöse Wort „Heilbronn“ etliche Folgerungen anknüpfte, kam nicht von ungefähr, ebenso wenig wie die zahllosen badischen gelb-rot-gelben Fahnen, obwohl auf allerhöchste Weisung von Seiten der Stadtverwaltung überhaupt keine hätten gehißt werden dürfen. Ministerpräsident Reinhold Maier als Regierungschef war zwar anwesend, hüllte sich aber eingedenk früherer Unfreundlichkeiten der Karlsruher in Schweigen. Mit Ernst und Verantwortungsbewußtsein nannte der Karlsruher Hafendirektor zwei Zahlen: 1950 gegenüber 1939: Kohlenumschlag in Heilbronn um das Sechsfache gestiegen, in Karlsruhe auf ein Drittel gesunken! Was nützen gegenüber diesen Zahlen alle Phrasen von „freundlichem Interesse und positiver Förderung“ des Karlsruher Hafens, was eine Subvention von zwei Millionen DM, wenn Heilbronn das Zehnfache erhält?

Wie zu Wasser, so zu Lande. An den Bahnsteiggedächern im Karlsruher Hauptbahnhof wird wohl gehämmert und geflickt, aber es bleibt eben Flickwerk, das sich besonders bei Regenwetter für den Reisenden sehr unangenehm auswirkt. Böse Zungen behaupten sogar, das Tempo des Hämmerns werde immer langsamer, weil man erst abwarten wolle, ob der Südweststaat komme oder nicht, falls er kommt, werde das Hämmern sowieso aufhören, weil die Eisenbahndirektion Stuttgart in Heilbronn, Ulm und Stuttgart wichtigere Reparaturen auszuführen habe. Es bleibt eben nach wie vor ein Unsinn, daß der Sitz einer Direktion dieser selbst nicht untersteht, wie man das jetzt über sechs Jahre am Hauptbahnhof Karlsruhe erleben muß. Stuttgart fühlt sich bei diesem Zustand gewiß wohl und würde in alle Zukunft auf Friedrichshafen oder Tübingen verzichten, wenn es Karlsruhe behalten und völlig „einsacken“ könnte.

Dies Bestreben Stuttgarts zeigt sich auf allen Gebieten des Eisenbahnverkehrs. Die ED Karlsruhe besitzt zwar seit geraumer Zeit eine moderne Druckerei (Fahrkarten, Fahrpläne, Formulare, Drucksachen aller Art), aber schon rühren sich die Stuttgarter Druckereien und offenbaren einen Brotnel, der einer besseren Sache würdig wäre. In einer Eingabe an die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn malen sie das Gespenst von „Arbeitsmangel, Kurzarbeit, Entlassungen und Gefährdung der Substanz“ an die Wand und beantragen mit echt schwäbischer Bescheidenheit, „die Drucksachenstelle bei der ED Karlsruhe stillzulegen“ und die „auf beste bewährte“ ED Stuttgart mit alledem zu beauftragen. „Wenn schon Zusammenlegung, dann Stuttgart!“, bekennen sie mit rührender Offenheit, zumal Karlsruhe „abseits des eigentlichen (!) graphischen Industriezentrums gelegen“ sei. An anderer Stelle sagen sie dann wieder, daß sie „andere Direktionen nicht benachteiligen wollen“, womit die Heuchelei wohl auf die Spitze getrieben sein dürfte.

Man sieht daraus: Es gibt kein einzelnes Gebiet des Verkehrs, auf dem nicht Stuttgart als Metropole gelten und alle Kompetenzen an sich ziehen möchte — ein zentralistisches Bestreben, das in Württemberg schon immer bestanden hat und in einem künftigen Südweststaat sich noch intensiver auswirken würde. Karlsruhe wäre die letzte badische Stadt, die vom Südweststaat irgendwas Gutes zu erwarten hätte, und deshalb ist und bleibt Karlsruhe, was es über zwei Jahrhunderte hindurch gewesen ist: gut badisch!

Dr. A. Kuntzemüller

Was aber ist „Imperialismus“?

Aus Mannheim wird uns geschrieben:

Wie „Die Neue Zeitung“ vermerkt, wandte sich Dr. Veit vor dem Landtag in scharfer Form gegen die von den Altbadenern aufgestellte Behauptung vom „würtembergischen Imperialismus“.

Darum die obige Frage. Und hier die kurze Antwort: Imperialismus im engeren Sinn ist Machtstreben, Herrschaftstreben über die Grenzen des eigenen Staates hinaus, unter einseitiger Verfolgung der eigenen Interessen. Der Imperialismus wächst aus dem übersteigerten staatlichen Macht- und Selbstgefühl, ja sogar aus dem sogenannten Herreninstinkt. Man möchte andere Volksteile unter die eigene Vormundschaft nehmen. Man möchte sie wirtschaftlich beherrschen, nicht zuletzt zum eigenen Vorteil.

Ganz genau das aber wollen die württembergischen Südweststaatanhänger. Oder glaubt auch nur ein vernünftiger Badener, daß sie Baden nur wollen, um die badischen Steuerzahler zu entlasten? Hält jemand die Schwaben für so selbstlos?

Dürfen Minister Aufsichtsräte sein?

Diese Frage haben wir schon wiederholt öffentlich gestellt, nicht ohne Grund. Und wir haben dabei an Stuttgart gedacht. Nach dem Gesetz hat der Landtag dafür gesorgt, daß Regierungsmitglieder Aufsichtsräten nur angehören dürfen, wenn die öffentliche Hand, d. h. der Staat an einem Unternehmen beteiligt ist.

Nun erhält sich in Stuttgart das Gerücht, daß dem Gesetz nicht ganz entsprochen wird. Wenn das richtig ist, dann ist es allerdings allerhöchste Zeit, daß mit den Ministern als Aufsichtsräten möglichst rasch Schluß gemacht wird, und zwar von Amts wegen! Wenn wir das verlangen, dann glauben wir, daß Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier am besten weiß, wer von den Ministern die engsten Beziehungen zur württ. Großindustrie pflegt.

Herausgeber: Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener a. V. Karlsruhe, Kaiserstr. 54. Telefon 8448.
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Friedrich Werber, Karlsruhe.
Druck: G. Braun & Co. K. H. Karlsruhe.